



Rebellen, toter Regierungssoldat in Nicaragua

Kraftprobe der Militärs

Der Plan, durch einen Nicht-Angriffsvertrag den offenen Krieg in Zentralamerika zu verhindern, ist gefährdet. Zwar sind die Regierungen von Nicaragua, Costa Rica, Guatemala, Honduras und El Salvador bereit, das Abkommen zu unterzeichnen. Die Militärbefehlshaber von Guatemala, Honduras und El Salvador haben aber bereits zu erkennen gegeben, daß sie den Vertrag durch die Wiederbelebung eines 20 Jahre alten Militärbündnisses unterlaufen wollen. Sie berufen sich dabei auf amerikanische Unterstützung. Der Friedensplan sieht

den Abzug aller fremden Soldaten und Militärberater aus der Krisenregion Zentralamerikas vor. Die USA sollen die von Honduras und Costa Rica aus operierenden Antisandinisten nicht weiter finanzieren, und Nicaragua soll die in El Salvador kämpfenden Rebellen nicht länger unterstützen. Der für Mittelamerika zuständige US-Sonderbotschafter Richard Stone bleibt jedoch auf hartem Kurs: „Es gibt nur eins: den Stier bei den Hörnern zu packen.“

Zögernde Holländer

Die holländische Regierung vertagt den Entscheid, ob sie nach einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen der Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern zustimmen will. Vor Parlamentariern aus den Nato-Staaten sagte Verteidigungsminister Jacob de Ruijter, sein Land habe sich noch nicht zur Aufnahme der Raketen verpflichtet. Christdemokrat Ruijter kündigte an, die Regierung in Den Haag werde sich frühestens Mitte nächsten Jahres festlegen. Dabei dürfe die Tatsache, daß bis dahin Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik mit der Stationierung schon begonnen hätten, die Entscheidungsfreiheit der Holländer nicht beeinträchtigen. Der SPD-Abgeordnete Erwin Horn empfand die Rede als verklausuliertes Nein. Sein Kommentar: „Die stationieren nie.“

Total ausgewogen

35 Redakteure des Deutschlandfunks fühlen sich unter Druck gesetzt. In einem Brief an den freidemokratischen Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden des Rundfunkrats Wolfgang Mischnick



„Vorwärts“-Sanierer Glotz, Halstenberg

Neuer „Vorwärts“: Flaggschiff ohne Flotte

Das SPD-Wochenblatt „Vorwärts“, seit Jahren tief in den roten Zahlen, soll umgekrempelt werden. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und Vorstandssprecher Wolfgang Clement wollen aus der traditionsreichen Abonnementszeitung (verkaufte Auflage: derzeit 56 890) ein Parteiblatt für die Mitglieder (geplante Auflage: 900 000 die Woche) mit elf Regionalausgaben machen. Dafür soll die Mitgliederzeitschrift „Sozialdemokrat Magazin“ eingestellt werden.

Nach den bisherigen Plänen, die der SPD-Vorstand am Montag letzter Woche grundsätzlich gebilligt hat, wird der neue „Vorwärts“

▷ auf 16 Seiten reduziert; vier Seiten sind für Berichte aus den Bezirken reserviert;

Flick-Affäre: Sieben Angeklagte

Nach dem jüngsten Ermittlungsstand zeichnet sich im Flick-Verfahren eine Überraschung ab. Die Bonner Staatsanwaltschaft will nicht nur gegen den früheren Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch, Ex-Minister Hans Friderichs (FDP) und Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) Anklage wegen Vorteilsgewährung oder Vorteilsannahme erheben, sondern auch gegen vier weitere Beschuldigte. Bei der Kölner Generalstaatsanwaltschaft wurde der Entwurf einer Abschlußverfügung gebilligt, nach der die ehemaligen SPD-Finanzminister Matthöfer und Lahnstein ebenfalls mit einem Strafverfah-

ren rechnen müssen. Weiterhin betroffen sind der frühere NRW-Wirtschaftsminister Horst Ludwig Riemer (FDP) und der ehemalige Flick-Manager Manfred Nemitz. Die beschuldigten Politiker sind in den Kassenbüchern des Buchhalters Rudolf Diehl als Empfänger von Flick-Geld genannt. Lediglich die Verfahren gegen Konzernchef Friedrich Karl Flick, die FDP-Politikerin Liselotte Funcke und den Stuttgarter Wirtschaftsminister Rudolf Eberle (CDU) sollen, so die Verfügung, eingestellt werden. Möglicherweise auch das gegen Nemitz. Anklage wird voraussichtlich Ende Oktober erhoben.

kritisierten sie die neuen Programmrichtlinien ihres Senders. Die dienen „der latenten und tendenziellen Minderung der Freiheit“, unbequeme Meinungen könnten damit „unterdrückt“ werden. Nach den mit der konservativ-liberalen Ratsmehrheit verabschiedeten Richtlinien sollen künftig sämtliche Informationssendungen in sich ausgewogen sein, ein Grundsatz, der bisher nur für das Gesamtprogramm galt.

Botschafter-Karussell

Nach dem Wechsel an Bonns Botschaft in Moskau will Außenminister Hans-Dietrich Genscher auch die Missionen in den drei wichtigsten westlichen Hauptstädten neu besetzen. Botschafter in Washington wird Bonns Uno-Vertreter Günther van Well, sein Vorgänger Peter Hermes wird in den Vatikan versetzt. Für van Well geht Staatssekretär Hans Werner Lautenschlager zu den Vereinigten Nationen. Sein Nachfolger wird Bonns Mann in Tokio, Klaus Blech. Seinen Parteifreund Rüdiger von Wechmar schickt Genscher von Rom nach London. Für ihn geht Lothar Lahn,